

12. Deutscher Gewerkschaftskongress

Kommunistische Kritik und ihr Echo — Eine Erklärung der kommunistischen Delegierten
Sitzungsbericht

529

(Fortsetzung.)

Leipart fragt dann weiter, daß die Regierung es nicht für ihr Blücht halte, den Achtstundentag durch Ratifizierung des Washingtoner Abkommen wieder herzustellen, es auch nicht für das Blücht halte, den Arbeitern zu ausreichenden Löhnen zu gewähren. (Wahlverschanden, eine rein kapitalistische Regierung soll das machen!) Leipart erklärte: „Ich wäre noch verpflichtet, auch zu berichten, was wir von Seiten des ADGB zur Gänze gegen den Raub des Achtstundentages getan haben, was meine Zeit reicht dazu nicht aus.“ (Dazu hätte er nicht viel Zeit gebraucht, denn gelang wurde so gut wie nichts.) Um ja nicht „zuverstanden“ zu werden, betonte Leipart immer wieder, daß der ADGB nicht um schematischen Achtstundentag lebthalten sollte (dieser Stellungnahme haben tatsächlich die Gewerkschaften den Achtstundentag preisgegeben und verraten). Nur aus zwei Worten erwähnt er den Volksentscheid für den Achtstundentag — der ADGB fürchtet selbst diese Volksabstimmung und will jetzt keine jahrelange Schwindelpropaganda in Verbreitung geraten lassen.

Zwei vielen Forderungen und Parolen von bestimmter Seite ist, seitdem die Kommunisten, die Massen für den Kampf zu mobilisieren, müsse man Lehr militärisch gegenüberstehen, die bei Massenmobilisation wäre der Eintritt aller Arbeiter in die Gewerkschaften (Zuruf: „Die Schlacht ke ja so“!).

zur Frage der Gewerkschaftseinheit weiß Leipart nichts anders, als die alten, schon tausendmal wiederholten Schwindlein und Verleumdungen gegen die RGA und die Kommunisten zu versapfen. Unter vollkommener Verblendung der Tatsache behauptete er, daß die russischen Gewerkschaften die Herstellung in der Einheit mit dem IGB abgelehnt haben und daß er, nehmen sei, daß die RGA und die Kommunisten noch wie vor dem IGB und die Gewerkschaften vereint wären. (Doch die Einheit nur daran scheiterte, weil die rechten Amsterdamer den bedingungslosen Anschluß an den IGB verlangten, aber jede Verhandlung mit vorheriger Beratung ablehnten, netzte er Leipart.) Nach demagogischer Aufführung einzelner aus den Zusammenhängen gerissener Polowksi und Sinowjew-Zitate stellt Leipart:

„Wir sind in Deutschland nicht in der Lage, der kommunistischen Einheitsparole zu folgen.“

Zum Schluß sprach Leipart noch über die Wohnungsnot und die Bauwirtschaft und die soziale Bauhüttenbewegung, für die er kräftig einsekte.

Nit ein paar Worten erwähnte er auch noch den Mitgliederzufluss von 8 Millionen auf 4 Millionen, an dem die Gewerkschaftsleistungen schuldlos waren (!). Er ermahnt alle Gewerkschaftsfunktionäre, die weiblichen Mitglieder stärker heranzuziehen und schließt mit der Aufforderung, die vom Bundesvorstand vorgelegten Resolutionen und Anträge zu den verschiedenen Fragen anzunehmen.

Schlüß der Vormittagsitzung.

1. Tag (Nachmittagsitzung).

Es sprechen zuerst je ein Vertreter der Konsumvereine (Hoffmann) und der Volksfürsorge (Zelch), die für einen Zusammenschluß der Gewerkschaften mit ihren Organisationen eintreten. Der Konsumvereinsvertreter hält sich aber, auf die vielen Angriffe aus den Mitgliedsverbänden der Gewerkschaften gegen die Genossenschaftsbürokratie wegen ihrer Mitgliedschaft bei Arbeitgeberverbänden, ihrem Bestreben, den Achtstundentag zu beseitigen und die Löhne herabzudrücken, einzugehen.

Genosse Galim-Offenbach stellt folgenden Antrag:

„Der Kollege Leipart hat in dem Bericht des Bundesvorstandes die Gewerkschaftsrichtung besonders angegriffen, die die internationale Gewerkschaftseinheit und härtere Handhabung der gewerkschaftlichen Macht fordern. Es ist ungestritten, daß man in einer Redegelt von 10 Minuten zu diesen wichtigen Punkten Stellung nehmen kann. Ich beantrage daher für einen Berichter dieser Richtung verlängerte Redegelt.“

Doch dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der kommunistischen Delegierten abgelehnt.

Abwägung fällt hämlicher Mitgliederanträgen.

Vor Eintritt in die Diskussion stellte Brandes für die 12 zum Bericht des Bundesvorstandes gestellten Anträge die

Unterstützungsfrage. Ohne jegliche Debatte wurden davon 34 Anträge, die von insgesamt 110 Verwaltungsstellen der Gewerkschaften gestellt waren, nicht genügend unterstützt und damit „erledigt“. d. h. nicht zur Debatte zugelassen. Dieser Gewaltstreich charakterisiert am besten den Geist, der auf dem Gewerkschaftskongress herrscht. Die von wenigen SPD-Dekazileihern beherrschte Kongreßmechtheit will nicht einmal die Stimme der Mitglieder hören, geschweige denn ihre Vorschläge ernstlich beraten oder annehmen. Es sind dadurch zahlreiche Anträge zur Gewerkschaftseinheit, zum Kampf um den Achtstundentag, Kampf gegen das Schlichtungsunwesen, Entsendung einer Ruhrlanddelegation usw. mit einer Handbewegung abgelehnt. Es sind darunter nicht nur von Kommunisten, sondern auch von sozialdemokratischen Arbeitern gestellte Anträge, wie der Antrag, der vom ADGB Abrechnung über die zum Volksentscheid gebrachten Gelder, ein sozialdemokratischer Antrag der Leipziger Verwaltungsstelle, der fordert, daß ultimativ der Achtstundentag von der Reichsregierung verlangt wird und im Ablehnungsfalle der Generalstreik von den Gewerkschaften erklärt wird.

Dihmann begründete jedoch mit großem Pathos den vom DMV-Vorstand gestellten Antrag, die Regierung aufzufordern, innerhalb einer kurzen Frist eine Vorlage zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommen einzubringen und im Ablehnungsfalle unbedingt eine Volksabstimmung herbeizuführen. Jemand welche praktischen Vorschläge für einen wirklichen Kampf um den Achtstundentag machte Dihmann trotz aller radikalen Phrasen nicht. Er bemühte sich nur, den Nachweis zu erbringen, daß die Unternehmer bei Einführung des Achtstundentages keinen Schaden hatten. Seit A und O war, daß der Bundesvorstand unbedingt den Volksentscheid durchführen müsse.

Schärfere Kritik am Bericht des Bundesvorstandes.

Noch der Rede Dihmanns erhält als erster kommunistischer Delegierter das Wort der

Genosse Krauth (DMV-Stuttgart). Mit Rücksicht auf die feste Redezzeit will ich nur zwei von Leipart aufgegriffene Punkte behandeln: Massenaktion und Einheitsfront. Gewiß ist eine Massenaktion, ein Generalstreik nicht jedem Augenblick anzuwenden, jedoch die Gewerkschaften lehnen ihn in jeder Situation ab, auch wenn es die Interessen der Arbeiterklasse unbedingt notwendig machen. Wir sehen das jetzt wieder bei den Zoll- und Steuerwachen, wo die Gewerkschaften so gut wie nichts getan haben, um die Massen zu mobilisieren und die Macht der Gewerkschaften einzusehen. Es genügt eben nicht, daß bei derartigen Anlässen der ADGB Schöne Aufrufe erlässt und zu legendären Protestversammlungen auffordert, sondern hier muß die geschlossene Macht der gesamten Arbeiterklasse mit einem Schlag einsetzen.

Wenn Leipart sagt, die Gewerkschaften haben die Allgemeininteressen des ganzen Volkes zu vertreten, so erklären wir, daß das praktisch bedeutet, die Interessen des Kapitals zu vertreten. Wir als Gewerkschaften haben nur die Interessen der Arbeiter und sonst nichts zu vertreten.

In der Frage der Herstellung der Gewerkschaftseinheit ist es bezeichnend, daß der ADGB-Vorstand und die Gewerkschaftsführer jederzeit mit den christlichen und hirsch-Hunderter-Führern, die so oft die Arbeiter vertreten haben, zusammenarbeiten, während sie die Kommunisten mit allen Mitteln bekämpfen und eine gewerkschaftliche Einheitsfront mit den roten und rücksichtigen Gewerkschaften ablehnen. Die Lage der Arbeiterklasse bedingt aber auch in Deutschland die sofortige Herstellung der Einheitsfront. Das war in England möglich war, muß auch in Deutschland durchführbar sein. Es ist nicht wahr, daß die russischen Gewerkschaften die Einheit abgelehnt haben, sie lehnen nur ab den bedingungslosen Anschluß an den IGB. Sie verlangen Verabschaffung und nicht Anschluß auf Grund vorheriger Versprechungen und einen internationalen Gewerkschaftskongress.

Genosse Galim vom Sattler-, Tapezier- und Porzessilberhandel-Offenbach: Der Gewerkschaftskongress gibt nicht das Bild, wie es in der Mitgliedschaft vorhanden ist. Das beweisen am besten die vielen Anträge aus Hunderten von Ortsgruppen und ihre Behandlung hier auf dem Kongreß. Millionen von Arbeitern richten erwartungsvoll ihre Augen auf diesen Kongreß, weil sie hoffen, daß von hier aus der Ruf zum gewölkten Kampf ergeht, daß neue und starke Kampfmassen geschmiedet werden. Doch was tut ihr? Mit einer Handbewegung werdet ihr die Anträge von 110 Ortsgruppen in den Papierkorb, weil ihr die Kritik der Mitglieder nicht hören wollt.

Aus der Tätigkeit des Bundesvorstandes will ich nur weniges zur Kritik herausheben. Im Ruhrkampf haben die Gewerkschaften gemeinsam mit dem Kapital gekämpft, gemeinsam haben sie, dem Leidens-Sinn des folgend, zum passiven Widerstand aufgefordert und die Arbeiter veranlaßt, zu dem schwindsüchtigen Rhein-Ruhrtal-Geldern ihre Gelder zu geben. Das war die Grundlage für die ganze weitere Taktik des ADGB. Am Ende des Ruhrkampfes kündigte das Kapital sein Wirtschaftsprogramm mit Beteiligung des Achtstundentages u. s. w. an und der ADGB, obwohl er dagegen zwar große Worte beteiligte sich aber in der Praxis an der Durchführung dieses kapitalistischen Programms, so daß die Arbeiter die ganzen Folgen des Ruhrkampfes allein zu tragen hatten in Gestalt von Verlängerung der Arbeitszeit, Herabsetzung der Löhne und Arbeitslosigkeit nach Millionen von Proletarien. Die Folge des Ruhrkampfes war auch das Ermächtigungsgesetz, dem die SPD und auch die ADGB-Führer zustimmten, ja es gegenüber den revolutionären Arbeiterschaft verteidigten. Daraus folgte die durchbare Inflationssnot mit allen ihren Nöten und Schaden für das Proletariat, daraus ist auch die Waffenflucht aus den Gewerkschaften zu erklären und nicht, wie der Bundesvorstand behauptet, durch die „kommunistischen“ Freibetriebe.

Aber auch heute hat der Bundesvorstand noch nichts gelernt. Leipart wandte sich mit scharfer Worte gegen die Schärfmacher und forderte, doch erst vor wenigen Tagen hat er mit denselben Schärfmachern einen gemeinsamen Aufruf zur nationalitätsfreien Sammlung für den Zeppelinbau unterzeichnet. Wo sollen die Arbeiter den Unterschied erkennen?

Mit dieser Taktik muß im Interesse des geliebten Proletariats gehandelt werden, und in den Vordergrund muß gestellt werden das, was Millionen von Proletariern von diesem Kongreß erwartet: den rücksichtslosen, unerhöhllichen Klassenkampf. (Starker Beifall auf den Tribünen.)

Ziska (DMV-Berlin) begründet den von der Berliner Generalversammlung gestellten Antrag zum Kampf gegen den Zoll- und Steuerwachen. Der Antrag verlangt rechtsfeindliche Belastigung aller Zölle, Aufhebung der Betriebs- und Verkehrssteuer, Aufhebung der Umsatzsteuer, Beseitigung des Lohnabzuges. Er verlangt weiter, daß diese Forderungen durch eine Massenaktion der Gewerkschaften zu erzwingen seien, und zwar eine Massenaktion in Form eines offenen Angriffes auf das kapitalistische Ausbeutungssystem. Ziska fiel die Begründung dieses Antrages ähnlich etwas schwer, und er redete viel von einer gemeinsamen Resolution zur Zoll- und Steuerfrage.

Hübisch, Vorstandsmitglied des Tegelarbeiterverbandes, stimmt ein Klagedikt an, daß die Schlichtungsbehörden sich nicht für die Interessen der Arbeiter einsetzen. Sie — die Gewerkschaftsführer — würden doch gar nicht viel verlangen, aber die Schlichtungsbehörden müßten doch ein klein wenig Vernunft annehmen. (Auch ein Klassenlämpchen!) Zum Schluß redete er etwas von Einigkeit, aber leider mit den bösen Kommunisten.

Der SPD-Mann Schäfer-Leipzig verlangte mit sehr lebhaften Worten die unbedingte Durchführung der Volksabstimmung für den Achtstundentag. Er griff den Bundesvorstand an, der jetzt genau so wie seinerzeit bei der Aufführung der 10 Forderungen (Bielefelder Abkommen, Arbeitslosenförderungen, Sachwertersättigung) auch jetzt wieder den Zurückzieher mochte. Der Bundesvorstand wollte wohl auch jetzt wieder in der Frage des Achtstundentages so lange warten, bis — wie schon der eine Redner vom Ruhrkampf sagte — die Arbeiter endgültig die ganzen Lasten zu tragen hätten. (Höhnlicher Zuruf: Generalstreich!) Schäfer: Die Gewerkschaften haben überhaupt noch keinen Generalstreik durchgeführt, und es wäre notwendig, daß sie dieses Kampfmittel bei den entscheidenden Fragen anwenden würden.

Nachdem noch ein Herr Dr. Meyer den Erfolg der Gewerkschaftsbank, deren Einlagen im Jahre 1924 von 100 000 auf 95 Millionen Mark gestiegen seien, gerühmt hatte, erfolgte der Bericht der Mandatprüfungskommission.

Es wird mitgeteilt, daß von 314 gemeldeten Delegierten 82 anwesend sind, die 45 Millionen Mitglieder vertreten. Mandatsbeauftragungen sind nicht erfolgt, alle Mandate werden für beständig erklärt. Schlüß der Sitzung 6 Uhr.

(Fortsetzung folgt.)

Berlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Beusig“ Filiale Dresden. — Verantw. Red.: Rudolf Renner, Dresden.

wie steht es bei euch? Ist es wahr, daß alles brillant geht?“ Udaroff berichtet ausführlich. Er beantwortet alle Fragen und fragt selbst auch.

„Das ist ausgezeichnet und kommt uns jetzt wie etwas wünschlich.“

„Nun, jetzt muß ich fort.“

„Udaroff, Bruder, hande.“ Klaps auf den „Onkel“ auf die Schulter.

Er geht zur Tür, bleibt stehen und wiederholt:

„Nein, es steht wirklich gut. Das Gewitter zieht heran... In den Tiefen gärt es. Die Arbeiter sind überall einig und geschlossen. Jenny, erzähl ihm von den Briefen Ilijitsch; sie kommen wirklich zur rechten Zeit.“ Jenny verschließt die Schriftstube in die Tischlade.

„Hör' mal, Udaroff, doch mußt du einswerden darüber einen Mund halten, — vor kurzem haben wir von Ilijitsch einen Brief für das Zentralkomitee erhalten. Wir halten nämlich die Verbindung mit Ilijitsch. Er hält sich unweit von hier verborgen. Den Brief haben wir durchgediehen und waren ganz baff. Es erwies sich, daß Lenin schon seit langem die Frage des Aufstandes vor das Zentralkomitee gestellt hat. Wir haben Lärm geschlagen. Das Petrograder Komitee steht fast einstimmig zu Lenin und hat das Zentralkomitee gebeten, seinen Standpunkt zu präzisieren.“

„Es zeigt sich, daß die Mehrheit des Zentralkomitees für den Aufstand erklärt. Die Sache kam ins Rollen. Auch die Funktionäre haben sich zu dieser Frage ausgesprochen. Die Stimmen haben sich nun folgendermaßen geteilt: dreiviertel für den sofortigen Aufstand, einiger Mann dagegen — sie meinen, daß der gegenwärtige Moment noch nicht geeignet ist — und die übrigen auch für den Aufstand, aber nicht sofort. Ihrer Ansicht nach sind wir für den Aufstand noch nicht genügend vorbereitet.“

„Wozu noch warten,“ unterrichtet Udaroff. „Wir wollen sie in die Fabriken führen, da werden sie sich überzeugen, daß es unbedingt ist, noch zu warten.“

„Kunst wie mal. Also in den nächsten Tagen wird diese Frage in den Fabriken auf Parteiveranstaltungen besprochen werden. Behalte das im Auge und hande einschließlich noch den Weißwunden und mit ganzer Kraft.“

(Fortsetzung folgt.)

OKTOBERTAGE

Erinnerungen aus der Oktoberrevolution 1917

von

J. R. Naumann

(4. Fortsetzung.)

„Wo ist eigentlich Lenin?“ fragt ein junger Arbeiter. „Ich weiß es nicht,“ erwidert Udaroff. „Doch sicher ist den wir mit ihm in Verbindung. Er schreibt ja in den Zeitungen.“

„Wie? Er schreibt?“

„Aber natürlich,“ lacht Udaroff. „Karpoff, so unterschreibt er doch!“

„Na, sich mal an,“ freuen sich die anderen.

Die Unterhaltung dauerte bis tief in die Nacht.

Grigorjeff und der junge Genosse gingen nach Hause, der Monteur und die anderen verschwanden nach und nach. Udaroff und das dientstabende Mitglied des Betriebsrates versuchten, sich ein Nachtlager auf den Tischen heranzutragen. Sie legten sich die Schriften unter den Kopf, rauchten, sprachen und vertrumten endlich.

Die Sitzung des Betriebsrates tagt seit dem frühen Morgen. In den Werkstätten tauschen die Arbeiter Eindrücke von der gestrigen Versammlung aus. Alle sind in erhobener Stimmung.

„Beinahe hätte ich einen Bourgeois in die Fresse geboxt,“ erzählt ein Arbeiter, der äußerlich einen ruhigen Eindruck macht. „Man muß — meinte der Kerl — die Demokratie kurz halten, sonst werden uns die Arbeiter zu froh. Wodurch sind die Bolschewiki stark? Nur durch unerlässliche Unentstehlichkeit. Was tut Kerensky? Er schwatzt bloß; wir aber brauchen einen Mann der Tat. Ich frage ihn nun: und welcher Tat? Er sieht mich an und spricht: der Kriegstat.“

„Dort wollen sie hinaus, dies Gefindel!“

In einer anderen Ecke wird ein anderes Thema besprochen.

„ansliegen“

ung!

ung!